

Titel	Post		Gulden
24		Bau des Artilleriezeughauses in Krakau	100 000
25		Befestigungsbauten in Tirol	30 000
26	1-2	Militärgeographisches Institut	74 200
27		Überzählige Personen	102 000
28		Mehrerfordernis für die Truppen in Süddalmatien	90 000
29		Komplettilierung von 26 Infanterieregimentern auf den normalen Friedensstand	672 200
30		Ersatz für abkommandierte Offiziere und Standesvermehrung von Subalternoffizieren	1 186 858
31		Ersatz für abkommandierte Mannschaft	291 900
32		Überkomplette Kavalleriereitpferde und Soldaten	410 500
33		Ankauf von Kavalleriereitpferden zur Hinausgabe solcher in die Privatbenützung	342 668
34		Überkomplette Artilleriepferde und Soldaten	459 800
35		Doppelkurse am Staboffizierskurs	17 303
36		Aeronautischer Kurs	15 000
37		Ersatzkompagniekader zweier in Tirolerjägerbataillone umgewandelter Feldjägerbataillone	6 000
38		Einmaliges Erfordernis infolge der Reorganisierung der Festungsartillerie	40 000
39		Einmaliges Erfordernis infolge der Standeskomplettilierung von 14 Batteriedivisionen	568 437
41		Beschaffung von Reitpferden für die Traintruppe	11 311
Zusammen das Extraordinarium pro 1892			14 627 243
Das Extraordinarium pro 1891 beträgt			14 450 439
Daher für 1892 ein Mehrerfordernis von			176 804

Nr. 57 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 7. Mai 1892

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe (10. 5.), der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Szapáry (14. 6.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay (11. 5.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer (13. 5.), der k. k. Ackerbauminister Graf Falkenhayn (13. 5.), der kgl. ung. Finanzminister Wekerle (1. 6.), der k. k. Finanzminister Steinbach (13. 5.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Szögyény-Marich (19. 5.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck (24. 5.), der k. u. k. Sektionschef Ritter v. Röckenzaun, der k. u. k. Marineoberkommissär Fehr.

Protokollführer: Sektionsrat Jettel.

Gegenstand: Delegationsvorlagen.

KZ. 24 – RMRZ. 373

Protokoll des zu Wien am 7. Mai 1892 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitz des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Kálnoky.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und bringt das Erfordernis des Heeres für das Jahr 1893 aufgrund der den Konferenzteilnehmern zur Verfügung gestellten Nachweisung¹ der Etatserhöhungen und Verminderungen gegenüber dem für 1892 bewilligten Erfordernis zur Beratung.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer schickt die Bemerkung voraus, daß die aufgenommenen Posten zum größten Teile bereits wiederholt durchgesprochen, aber bisher nicht bewilligt worden seien. Von „größerer Wichtigkeit und bisher weniger besprochen seien“: im Ordinarium Post 2 Standeserhöhungen behufs Stärkung des zum Kompagniedienste verfügbaren Mannschaftsstandes der Infanterie und der Jägertruppe, Post 4 Aufstellung von 5 Kadern für mobile Belagerungsbatteriegruppen, Post 5 Umwandlung zweier Genie- und Pionierbataillone, endlich im Sinne einer in den Delegationen an das Reichskriegsministerium ergangenen Aufforderung als neue Post: Subvention für den Militärkapellmeister-Versorgungsfond, und im Extraordinarium: Titel II, Post 3 Umwandlung des Materials der reitenden Batterien, behufs Herstellung der Einheitlichkeit des Kalibers, und Titel XIX Beschaffung transportabler Isolierbaracken, welche von ärztlicher Seite als höchst^b wünschenswert dargestellt wird.

Reichskriegsminister FZM. Freiherr von Bauer weist schließlich darauf hin, daß es notwendig sein werde, endlich über die Frage ins klare zu kommen, aus welchem Etat die Herstellungskosten des Garnisonsspitals in Budapest zu bestreiten sein werden,² da die gegenwärtig in Gebrauch stehenden provisorischen Baracken spätestens 1895 geräumt werden müssen.

Der kgl. ung. Finanzminister Wekerle bezeichnet es als wünschenswert, daß das Erfordernis für die gemeinsamen Angelegenheiten in demselben Rahmen erhalten werde wie bisher. Es sei nicht ratsam, an allen Institutionen zu rütteln; man solle nur für jene Einrichtungen Sorge tragen, von welchen die Schlagfertigkeit der Armee abhängt, also Waffen, Pulver und Proviant, alle anderen Anforderungen aber hinausschieben.

Der k. k. Finanzminister Steinbach schließt sich diesen Ausführungen an. Ein Defizit in der laufenden Verwaltung könne nur hintangehalten werden, wenn die Steigerung im Kriegsbudget nicht mehr beträgt als im vorigen Jahre. Es könne nicht übersehen werden, daß die aus der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse resultierenden Mehreinnahmen ausschließlich vom Heereserfordernisse in Anspruch genommen werden, und daß dadurch alle anderen Budgets in eine Degression gelangen. Die Mehrbewilligung solle daher das im vorigen Jahre angenommene Mehrerfordernis von 3 1/2 Millionen nicht übersteigen, wozu demnach der Nachtragskredit für das laufende Jahr im Betrage von 1 1/2 Millionen komme.

^{a-a} Korrektur Bauers aus größerer Bedeutung seien nur.

^b Einfügung Bauers.

¹ Vorlage fehlt.

² Vgl. GMR. v. 5. 5. 1889, RMRZ. 360.

Der Vorsitzende glaubt einige Worte über die allgemeine politische Situation sagen zu sollen und bemerkt, daß die Verhältnisse gegenwärtig unleugbar weniger unsicher seien, als sie vor einigen Jahren gewesen. Der Kulminationspunkt des Chauvinismus in Rußland und Frankreich sei erreicht, das Selbstbewußtsein und die Unternehmungslust dieser Staaten im Rückgange begriffen. Überdies seien die inneren ökonomischen^c Verhältnisse Rußlands ein so starker Faktor geworden, daß von dieser Seite wohl in der nächsten Zeit ein Angriff nicht zu erwarten sei. Andererseits könne in Beziehung auf militärische Rüstungen in Rußland durchaus kein Rückgang verzeichnet werden. Alle Magazine werden gefüllt erhalten, die militärischen Bauten weitergeführt, organisatorische Arbeiten fortgesetzt, und man lasse unter dem Titel der Bekämpfung des Notstandes strategische Bahnen und Straßenzüge herstellen. Der Blick sei fortwährend auf die Eventualität eines Krieges mit den westlichen Nachbarstaaten gerichtet, und es sei auch nicht zu erwarten, daß in dieser Bewegung sobald ein Stillstand eintreten werde. Obwohl also die politische Lage eine solche ist, daß für die nächste Zeit eine imminente Kriegsgefahr nicht vorliege, so sei es doch begreiflich, wenn der Reichskriegsminister die Verantwortung nicht dafür übernehmen wolle, irgendetwas zur Kriegsbereitschaft Nötiges versäumt zu haben.

Der Vorsitzende könne daher nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß es gelingen möge, zwischen den Anforderungen des Heeres und dem Verlangen der Finanzminister nach Erhaltung des Gleichgewichtes im Budget eine Annäherung zu erzielen.

Nachdem der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer hervorgehoben, daß das Heereserfordernis ohnehin in den bescheidensten Grenzen gehalten sei, daß die Kriegsbudgets in anderen Staaten weitaus höher seien und daß man dort für die Bestreitung^d von extraordinären^d militärischen Auslagen durch die Aufnahme von Anlehen Sorge, wird in die postenweise Beratung des ordentlichen Erfordernisses eingegangen.

Bei Post 1 Subsistenzverbesserung der Gagisten ohne Rangsklasse 19 480 fl. weist der kgl. ung. Finanzminister Wekerle darauf hin, daß man in Ungarn erst jetzt daran gehe, die Gehalte der Beamten zu regulieren, und daß die Bezüge derselben auch nach ihrer Regulierung nicht so hoch sein werden wie die der Militärbeamten. Nachdem sich auch der k. k. Finanzminister Steinbach mit Rücksicht auf die finanzielle Stellung der österreichischen Beamten gegen die beantragte Erhöhung ausgesprochen hat, wird Post 1 gestrichen.

Zu Post 2 Standeserhöhungen behufs Stärkung des zum Kompagniedienste verfügbaren Mannschaftsstandes der Infanterie und der Jägertruppe im ganzen 2 707 360 fl. macht der kgl. ung. Finanzminister Wekerle aufmerksam, daß diese Post zusammen mit dem dazu gehörigen Titel 30 des Extraordinariums per 439 000 fl. ein sehr bedeutendes Mehrerfordernis darstel-

^c Korrektur Kálnokys aus politischen.

^{d-d} Einfügung Bauers.

le. Diese Mehrforderung habe aber auch eine prinzipielle Bedeutung. Im Falle der Durchführung der beantragten Standeserhöhungen würde nämlich der im Wehrgesetze vorgesehene Präsenzstand von 800 000 Mann überschritten, und es könnte diese Standeserhöhung daher nicht erfolgen, ohne gleichzeitig das Wehrgesetz abzuändern.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer motiviert das eingestellte Mehrerfordernis hauptsächlich 'mit dem erhöhten Rekrutenkontingente und' mit den günstigen Ergebnissen der letzten Assentierungen, 'daß diese Maßnahme mit dem Wehrgesetz nicht in Kollision tritt, mit dem Kriegsstand in keinem Zusammenhang steht', erklärt sich übrigens damit einverstanden, die Beschlußfassung über diese Post vorläufig in suspenso zu belassen, womit die Konferenzmitglieder einverstanden sind.

Post 3 Mehrerfordernis für die in der Privatbenützung befindlichen Kavallerieitpferde 117 005 fl. wird angenommen.

Die Beschlußfassung über Post 4 Aufstellung von fünf Kader für mobile Belagerungsbatteriegruppen 28 283 fl. wird nach einer Bemerkung des kgl. ung. Finanzministers Wekerle vorläufig in suspenso belassen.

Bei Post 5 Umwandlung zweier Genie- in Pionierbataillone 27 151 fl. weist der k. u. k. Reichskriegsminister Freiherr v. Bauer auf die steigende Bedeutung und die sich daraus ergebende Notwendigkeit einer Vermehrung der Pioniertruppen hin und erwähnt, daß für die allmähliche Umgestaltung der Genie- in Pioniertruppen ein Zeitraum von fünf Jahren ins Auge gefaßt sei.

Der k. k. Finanzminister Steinbach bemerkt, daß nach den Ausführungen des Reichskriegsministers eine vollständige Reorganisation dieser Waffengattung geplant sei und daß es daher verfrüht wäre, bevor die Frage vollkommen geklärt ist, einen präjudiziellen Entschluß zu fassen. Es dürfe daher die Annahme der für 1893 beantragten Mehrforderung keinesfalls in dem Sinne aufgefaßt werden, als ob damit die erste Rate für die Umgestaltung aller Genie- in Pioniertruppen eingestellt werden wollte.

Der kgl. ung. Finanzminister Wekerle schließt sich diesen Ausführungen an und hält es für notwendig, daß dieser Standpunkt auch im Motivenberichte hervorgehoben werde.

Post 5 wird sohin angenommen.

Post 6 Aufstellung von fünf neuen Traineskadronen 54 269 fl., und Post 7 Aktivierung von Regimentsoffiziersschulen bei der Traintruppe 4600 fl. werden angenommen.

Bei Post 8 Übertragung des Erfordernisses für den Ersatz dauernd abkommandierter, zum Truppendienste nicht verfügbarer Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten aus dem außerordentlichen in das ordentliche Heereserfordernis 1 222 089 fl. beantragt der kgl. ung. Finanzminister Wekerle, die-

e-e *Einfügung Bauers.*

f-f *Einfügung Bauers.*

se Post im Extraordinarium zu belassen, womit sich die Konferenzmitglieder einverstanden erklären.

Post 9 Mehrererfordernis infolge der größeren Zahl der zur Waffenübung einzuberufenden Reserveoffiziere 63 000 fl. und Post 10 Standeserhöhung des Remontendepots in Nagy-Daád-Sári um 72 Remonten und 5 Pferdewärter 1297 fl. werden angenommen.

Zu Post 11 Aufstellung von zwei neuen Remontendepots 104 933 fl. führt der kgl. ung. Finanzminister Wekerle aus, daß sich die Kriegsverwaltung den nötigen Pferdebedarf billiger beschaffen könne als aus den Remontendepots; er beantrage daher die Streichung dieser Post.

Der k. k. Ackerbauminister Graf Falkenhayn weist darauf hin, daß gegenwärtig in Österreich gar kein Remontendepot bestehe; es sei deshalb, auch im Interesse der österreichischen Pferdezüchter, die Errichtung wenigstens eines solchen Depots, u. zw. in Galizien, wünschenswert.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer erklärt sich damit einverstanden, daß die Beschlußfassung über diese Post vorläufig in suspenso gelassen werde.

Post 12 Aufstellung einer fünften Militär-Unterrealschule 82 587 fl. wird auf Antrag des kgl. ung. Finanzministers Wekerle gestrichen.

Bei Post 13 Mehrererfordernis für Kadettenschulen, u. zw.

a) infolge Vermehrung des Zöglingsstandes in der Artilleriekadettenschule 13 732 fl.,

b) infolge Errichtung einer dreizehnten Infanteriekadettenschule 57 845 fl. wird der sub lit. a) beantragte Betrag angenommen, das Erfordernis für eine dreizehnte Infanteriekadettenschule gestrichen.

Post 14 Standesvermehrung der Monturverwaltungsanstalten um vier Werkmeister 2 959 fl. wird angenommen.

Post 15 Mehrererfordernis infolge der teilweisen Besetzung der im militärärztlichen Offizierskorps bestehenden Abgänge 106 367 fl. wird, nachdem der kgl. ung. Finanzminister Wekerle auf die Möglichkeit hingewiesen, im Kriegsfall die nötigen Ärzte auch ohne Standesvermehrung zu beschaffen, mit Zustimmung des k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer in suspenso belassen.

Ebenso bleibt die Beschlußfassung über Post 16 Erhöhung der Zahl der zur dreizehntägigen instruktiven Übung einzuberufenden Reservisten und Ersatzreservisten der Sanitätstruppe 21 129 fl. vorbehalten.

Post 17 Standesvermehrung der Militärmedikamenten-Beamtenbranche 2926 fl. wird gestrichen.

Post 19 Subvention für den Militärkapellmeister-Versorgungsfond 10 000 fl. wird, nachdem der k. k. Finanzminister Steinbach darauf hingewiesen, daß es sich hier um kein Interesse der bewaffneten Macht handle und daß eine Berücksichtigung der Militärkapellmeister in Anbetracht der finanziellen Lage der Beamten nicht am Platze wäre, gestrichen.

Post 20 Mehrererfordernis für Brieftaubenstationen 1500 fl. wird angenommen.

Bei Post 21 Erhöhung des Erfordernisses für Waffenübungen und Konzen-

trierungen 150 000 fl. beantragt der kgl. ung. Finanzminister Wekerle, über die vorigjährige Bewilligung nicht hinauszugehen. Mit Zustimmung des k. u. k. Reichskriegsministers bleibt diese Post in suspenso.

Ebenso werden Post 22 Mehrererfordernis für größere bauliche Herstellungen und Ameliorierungen 100 000 fl. nach einer Bemerkung des kgl. ung. Finanzministers Wekerle, daß sich die nötigen Herstellungen vielleicht doch billiger beschaffen ließen, ferner

Post 23 Mehrererfordernis für Reiseauslagen und Telegrammgebühren, im ganzen 52 000 fl., mit Rücksicht auf die in jüngster Zeit erfolgte Herabsetzung der Tarife und

Post 24 Brot- und Futterzubeußen 165 000 fl. in suspenso belassen.

Bei Post 25 Erhöhung der Futtergebühr für sämtliche Reitpferde während zweier Sommermonate 186 000 fl. beantragt der kgl. ung. Finanzminister Wekerle in Konsequenz des zu Post 21 gefaßten Beschlusses und mit Rücksicht auf das Sinken der Haferpreise eine Herabminderung dieses Betrages. Die Beschlußfassung über diese Post wird in suspenso gelassen.

Post 27 Mehrererfordernis im Titel XXIII „Mannschaftskost“ infolge der eingetretenen Preissteigerung 755 937 fl. und Post 28 Mehrererfordernis an Unterkunftsauslagen infolge der seit dem 1. Jänner 1891 stattgehabten Änderungen in den Bequartierungsverhältnissen 193 628 fl. werden angenommen.

Post 29 Mehrererfordernis infolge der geringeren Ersparung durch administrative Maßregeln 266 594 fl. wird, als mit den übrigen Posten zusammenhängend, in suspenso belassen.

Zu Punkt j) dieser Post lenkt der k.-k. Finanzminister Steinbach die Aufmerksamkeit der Kriegsverwaltung auf die Möglichkeit größerer Ersparungen durch Verwaltungsinterkalare.

Die Sitzung wird sonach geschlossen und die Fortsetzung für morgen 11 Uhr Vormittag anberaunt.

Kálnoky

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.
Wien, 20. Juni 1892. Franz Joseph.

Nr. 58 *Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 8. Mai 1892*

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe (10. 5.), der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Szapáry (14. 6.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister v. Kállay (11. 5.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer (13. 5.), der k. k. Ackerbauminister Graf Falkenhayn (13. 5.), der kgl. ung. Finanzminister Wekerle (1. 6.), der k. k. Finanzminister Steinbach (13. 5.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager v. Szögyény-Marich (19. 5.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck (24. 5.), der k. u. k. Sektionschef Ritter v. Röckenzaun, der k. u. k. Marineoberkommissär Fehr.

Protokollführer: Sektionsrat Jettel.

Gegenstand: Delegationsvorlagen.